

Am vergangenen Wochenende waren meine Schwester mit Behinderung, die im Haus Damasina wohnt, und ich bei unseren Eltern zu Besuch. Wir haben uns über die Vor- und Nachteile der Impfpflicht unterhalten.

Entsprechend scheint es uns wichtig, dass alle Betroffenen und Mitarbeiter Argumente sammeln, diese an die Behörden weitergeben, so dass diese Grundlagen für ihre Entscheidungen haben. Ich selbst habe immer wieder die Erfahrung gemacht, dass bei einer guten Zusammenarbeit nicht nur anonyme Behörden entscheiden, sondern Menschen in den Behörden ihre Spielräume nutzen und so auch menschliche Entscheidungen treffen.

In den letzten Jahren haben sich unsere Eltern altersbedingt allmählich bei Treffen mit Eltern oder Vereinsaktivitäten zurückgenommen, deshalb bringe ich mich immer mehr in die Arbeit ein. Gerade bei der intensiveren Zusammenarbeit im Zusammenhang mit der Umstellung auf das BTHG waren wir häufiger anwesend und ich fühlte mich noch mehr zugehörig zur Gemeinschaft der Angehöriger und Mitglieder des Vereins „Leben mit Behinderung, Ortenau“. Gemeinsamen Treffen wurde dann leider durch die Pandemie jäh ausgebremst.

Ein Treffen zum Austausch über das aktuelle Thema wäre eine sehr gute Möglichkeit gewesen, alle Sorgen zu äußern aber auch in Diskussion, Argumente und Ideen zu sammeln, welche Auswirkungen die geplante Umsetzung des Gesetzes zur Impfpflicht haben würde.

Für Ihr Angebot, Ansprechpartner für unsere Sorgen zu sein, sind wir dankbar.

So wie Sie es bereits verdeutlicht haben, wären also bei der Umsetzung des neuen Gesetzes vor allem die zu Betreuenden als Abhängige die Leidtragenden. Aber genau so wären alle geimpften Arbeitskräfte und letztendlich alle Angehörigen der zu Betreuenden und aller geimpften MitarbeiterInnen des Vereins betroffen.

Paradoxe Weise würden dann die bestraft, die sich bisher impfen ließen.

Außerdem glaube ich, dass es kaum möglich wäre, immer die Aufsichtspflicht zu gewährleisten und die arbeitsrechtlichen Vorgaben zum Schutz der Arbeitnehmer wie die Pausen und Ruhezeiten einhalten zu können.

Die Schaffung des neuen Gesetzes ist aus der Motivation entstanden, alle zu Betreuenden in den pflegerischen und medizinischen Bereichen vor einer Ansteckung von Covid 19 durch Ungeimpfte zu schützen.

Seit nunmehr fast zwei Jahren wird in den Medien immer wieder betont, welche erstklassige Arbeit mit meist bewundernswertem Engagement in medizinischen, pflegerischen und pädagogischen Bereichen geleistet wird.

Dennoch hat sich an deren Arbeitsbedingungen kaum etwas zum Positiven geändert. Stattdessen wurde bei dem Entwurf des neuen Gesetzes zur Impfpflicht wieder über deren Kopf entschieden, die es umsetzen müssen, statt sie als Fachleute frühzeitig in die Planung mit einzubeziehen oder zu hören.

Mit der zu erwartenden Überlastung der Beschäftigten würde das Risiko steigen, dass deren Gesundheit leidet, Infektionsrisiko und Unzufriedenheit zunimmt aber auch, dass die Motivation fällt.

Über kurz oder lang würden immer mehr Beschäftigte ausfallen und noch weniger junge Menschen würden sich für eine Berufsausbildung in diesen Bereichen entscheiden.

In den letzten Jahren hörte ich wiederholt, welch guten Ruf die Häuser des Vereins nicht nur bei solchen haben, die einen Betreuungsplatz in der Region benötigen, sondern auch bei solchen, die in diesen Bereichen arbeiten.

Die relativ kleinen Einrichtungen von „LemBO“ boten bisher den zu Betreuenden ein überschaubares Umfeld und eine relativ persönliche Atmosphäre.

Wir haben in der Familie den Eindruck, dass aber auch die Mehrzahl der MitarbeiterInnen gerne zur Arbeit kommen, sie als einmalige Persönlichkeit und vertraute Ansprechpartner von den zu Betreuenden, den Angehörigen und im Kollegium wahrgenommen werden, Selbstwirksamkeit spüren und sich motiviert engagieren.

Das Recht auf Selbstbestimmtheit bezüglich einer Impfung könnte zusätzlich weitere „Keile“ zwischen Geimpfte und nicht Geimpfte treiben.

Mit dem Äußern unserer Meinung können wir dem Verein und den Mitarbeitern den Rücken stärken und unsere Wertschätzung zu zeigen.

Die Impfungen konnten zunächst zu einem Großteil vor einer Infektion des ursprünglichen Virus und der ersten Varianten schützen, vor allem aber vor einem schweren Verlauf mit schlimmen Konsequenzen für die Betroffenen, aber auch für das Gesundheitssystem und das gesellschaftliche Leben. Vor diesem Hintergrund habe ich eine Impfung bzw. die Impfserie für wichtig gehalten. Inzwischen gibt es seit der Verbreitung der Omikron- Variante zum Glück weniger schwerwiegende Verläufe bei Erkrankten, aber es infizieren sich z. T. Personen mit Auffrischimpfungen.

Diese Zusammenhänge sollten meiner Meinung nach auch mit in die Waagschalen der Argumente zur Entscheidung für die Umsetzung einer Impfpflicht mitberücksichtigt werden.

Melitta Boschert
Stegen, den 2.2.22